



Sonja Buckel / Judith Kopp

FLUCHTURSACHEN

*Das Recht, nicht gehen zu müssen,
und die Politik Europas*

Wo liegen die Fluchtursachen?

- Im Diskurs der EU wird unterstellt, die Ursachen für Flucht und Migration lägen am Ausgangspunkt der Flucht -> internalistische Perspektive
 - Demgegenüber zeigen Sonja Buckel und Judith Kopp, dass sie im Nord-Südverhältnis liegen, das mit der Versklavung Schwarzer Menschen beginnt und über den Kolonialismus und den Imperialismus bis zu den heutigen (post)kolonialer Ungleichheitsverhältnissen des globalen Kapitalismus reicht.
- Den Fluchtursachendiskurs wenden!

Postkolonialer globaler Kapitalismus

- Vielfach verwobene Herrschaftsverhältnisse (u.a. Geschlechter, Klassen, Nord-Süd-Verhältnis, Natur)
- Institutionelle Politiken: Handels-, Agrar-, Fischereipolitik, Wertschöpfungsketten, Zugriff auf natürliche Ressourcen ...
- Imperiale Lebensweise

Es gibt nicht die Fluchtursache

- Problemgeflecht aus Armut, Klimafolgen, Krieg ...
- Unterscheidung Flucht (z.B. wegen Krieg oder politischer Verfolgung) und Migration (z.B. wegen Armut) ist nicht klar zu treffen und auch nicht sinnvoll
- Aber: Aus dem Status ergeben sich unterschiedliche Rechtsansprüche!

Politik der EU

- Fluchtabwehr:
 - Grenzschließung
 - Verlagerung der Grenzsicherung in Drittstaaten
- “Bekämpfung Fluchtursachen“:
 - Kombination Entwicklungszusammenarbeit und Fluchtabwehr
 - Förderung privater Investment in den Ländern des Südens

Ökologische Krise, globale Ungleichheitskrise und Krise der Migrationspolitik

„Fluchtursachen in diesem Kontext zu verorten bedeutet, entgegen der internationalistischen Perspektive festzustellen, dass die Veränderung nicht im globalen Süden beginnen muss, sondern dass die europäischen Staaten ihre eigenen Gesellschaften auf eine nachhaltige Grundlage stellen müssen, sodass sie nicht länger auf Kosten anderer leben.“

Globale Menschenrechte und staatliche Verantwortung

- Widerspruch zwischen universeller Gültigkeit von Menschenrechten und nationalstaatlicher begrenzter territoriale Verantwortung
- Realisierung sozialer globaler Rechte setzt voraus, dass diese von den Kriterien der Staatsangehörigkeit und der Nationalität entkoppelt werden.